**Deutscher Bundestag** **Drucksache 14/5250**

**14. Wahlperiode** 07. 02. 2001

# Antrag

**der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Cornelia Pieper, Hildebrecht Braun (Augsburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Ulrike Flach, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Rainer Funke, Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Klaus Haupt, Ulrich Heinrich, Walter Hirche, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Detlef Parr, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Dr. Hermann Otto Solms, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der F.D.P.**

## Bessere Rahmenbedingungen für ausländische Studierende in Deutschland

Einem Land, das wie Deutschland maßgeblich vom Außenhandel lebt, kann es nicht gleichgültig sein, dass seine Universitäten für ausländische Studierende in zunehmendem Maße unattraktiv werden. Viele ausländische Studierende, die – wie z. B. die Japaner, Inder oder Chinesen, die noch in den sechziger und siebziger Jahren vorzugsweise zum Studium nach Deutschland gekommen waren – gehen heute nach Amerika. So studieren zurzeit 43 000 Japaner in den USA, während es bei uns gerade noch 1 500 sind. Ähnliches gilt für die Anzahl der Studierenden aus den wirtschaftlich erfolgreichen Ländern Südostasiens. Dies ist bedauerlich, denn wenn die zukünftigen Führungseliten der aufstrebenden Wachstumsregionen kein Interesse mehr an einem Studium in Deutschland haben, werden sie sich als zukünftige Handelspartner bald auch anderswo engagieren und investieren. Der internationale Standortwettbewerb hat also neben der wirtschaftlichen auch eine bildungspolitische Dimension. Die Fraktion der F.D.P. erneuert daher ihren bereits im Antrag „Verbesserung der internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Hochschulstandortes Deutschland“, Bundestagsdrucksache 14/3339, zum Ausdruck gebrachten Appell an die Bundesregierung, einen nachhaltigen Beitrag zur Verbesserung der Studienbedingungen für ausländische Studierende in Deutschland zu leisten. Die Verbesserung des „Studienstandortes Deutschland“ ist nicht nur eine Aufgabe für die Bildungspolitik von Bund und Ländern, sondern sollte auch mehr und mehr in den Mittelpunkt der außenkulturpolitischen Arbeit gerückt werden. Es geht um das Exportgut Bildung und die deutsche Leistungsfähigkeit auf dem globalen Bildungsmarkt.

Trotz des international rückläufigen Interesses haben deutsche Hochschulen und Forschungsinstitute zwar nach wie vor einen vergleichsweise hohen Standard. Unser Bildungsangebot muss sich jedoch aktiver auf die internationale Nachfrage einstellen. Hierzu gehört u. a. auch der Ausbau von IT-gestützten Online-Studiengängen für ausländische Studierende. Gut sein allein genügt nicht. Deshalb müssen sich Bund und Länder stärker für die Förderung der Internationalität unserer Hochschulen engagieren. Auch die Betreuung ausländischer Studierender muss erheblich verbessert werden. Wir brauchen eine neue „Campus-

Kultur“ an den Universitäten. Trotz einiger Fortschritte in einigen Fachrichtungen ist es noch ein weiter Weg, unsere Bildungsangebote kompatibel mit der vom anglo-amerikanischen System geprägten internationalen Hochschullandschaft zu machen. Die zahlreichen deutschen Institutionen einschließlich der Ausländerbehörden, der Hochschulen und der Mittlerorganisationen der Außenpolitik, aber auch die Wirtschaft müssen mit mehr Engagement an der Verbesserung und Ausweitung des Studienangebotes für Ausländer mitwirken.

Die aktuelle Diskussion über die bildungspolitischen Defizite, insbesondere im Bereich der neuen Informationstechnologien, hat auch gezeigt, dass es dringend erforderlich ist, zusätzlich Energien darauf zu verwenden, ausländischen Studierenden optimale Studienmöglichkeiten in Deutschland zu ermöglichen und sie langfristig für eine Tätigkeit bei uns zu gewinnen.

Die Mittel, die für Wissenschaftsaustausch, für Sprachförderung und Stipendien ausgegeben werden, sind auch Investitionen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Kultur, Bildung und Wirtschaft verhalten sich so gesehen in modernen Gesellschaften wie kommunizierende Röhren. Jeder Bereich hat seine Eigenständigkeit, seine speziellen Anliegen und die zu ihrer Durchsetzung erforderlichen Instrumente. Die zwischen Wirtschaft und Kultur bei uns noch weitgehend vorhandenen Berührungsängste sollten dringend abgebaut werden. Es sollte beispielsweise möglich sein, im Rahmen der Sprachförderung und Stipendienvergabepolitik berechtigte Anliegen unserer Exportwirtschaft zu berücksichtigen. Industrie und Wirtschaft könnten Patenschaften für Stipendien übernehmen und im Zusammenwirken mit den offiziellen Kulturmittlern verstärkt als Sponsoren auftreten. Ferner wäre es zu begrüßen, wenn unsere exportorientierten Unternehmen sich verstärkt an der Finanzierung und Unterstützung auch der deutschen Auslandsschulen sowie von deutschen Fakultäten im Ausland beteiligten. Zwar überwiegt die Nachfrage nach Stipendien in Deutschland immer noch das Angebot. Die Nachfrage und damit auch die Qualität der Bewerber könnte jedoch durch gezielte Informationskampagnen und Public-Relations-Maßnahmen der Trägerorganisationen, aber auch der deutschen Unternehmen und Auslandskammern sowie der Universitäten selbst deutlich verbessert werden.

Obwohl es mittelfristig sicherlich sinnvoll ist, das Interesse an einem Studium in Deutschland durch Stipendienangebote zu unterfüttern, muss es langfristiges Ziel bleiben, die Attraktivität des Studienstandortes Deutschland auch unabhängig von Stipendien zu erhöhen. Ziel muss sein, das Studium in Deutschland wieder so attraktiv zu machen, dass ausländische Studierende – analog etwa der Situation in den USA – bereit sind, für den Vorteil einer Ausbildung in Deutschland auch finanzielle Opfer in Kauf zu nehmen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

– die den Kulturmittlerorganisationen zur Verfügung stehenden Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit zielgerichteter für die Werbung für den Studienstandort Deutschland einzusetzen;
– in Abstimmung mit den Dachverbänden der Deutschen Außenhandelswirtschaft und der Deutschen Industrie, dem Deutschen Industrie- und Handelstag und dem Bundesverband der Deutschen Industie und den staatlichen Trägerorganisationen mögliche Formen zukünftiger gemeinsamer Werbeaktionen im Ausland zu prüfen;
– sich gegenüber der Kultusministerkonferenz für ein stärkeres Engagement auch der Bundesländer in der Öffentlichkeitsarbeit im Ausland einzusetzen;
– die gezielte Werbung für den Studienstandort Deutschland gegenüber bildungspolitischen Institutionen und Multiplikatoren des Gastlandes stärker in den Mittelpunkt der Tätigkeit der Kulturreferenten deutscher Auslandsvertretungen zu rücken;

– gemeinsam mit den Dachverbänden der deutschen Wirtschaft, aber auch mit privaten Stiftungen die Möglichkeit kofinanzierter Stipendienangebote zu prüfen;
– gegenüber dem Goethe-Institut auf eine stärkere Ausrichtung seiner Programmarbeit im Ausland auf die Vermittlung der deutschen Sprache mit dem Ziel hinzuwirken, hierdurch das Interesse ausländischer Studierender für einen Studienaufenthalt in Deutschland zu erhöhen;
– gegenüber dem Goethe-Institut und dem Deutschen Akademischen Austauschdienst auf eine Vereinfachung der Stipendienauswahlverfahren hinzuwirken;
– die in den Haushalten 2000 und 2001 vorgesehenen erheblichen Kürzungen der Fördermittel für deutsche Schulen umgehend rückgängig zu machen und aufzustocken, um hierdurch einen Beitrag zur Erhöhung der Attraktivität der deutschen Sprache und damit auch des Studienplatzes Deutschland zu leisten;
– im Zusammenwirken mit den Bundesländern den Aufbau fremdsprachiger Studiengänge an deutschen Hochschulen voranzutreiben, um die Attraktivität für ausländische Studierende zu erhöhen;
– gegenüber der Hochschulrektorenkonferenz eine Initiative mit dem Ziel zu ergreifen, die Eigenverantwortlichkeit der deutschen Hochschulen und Universitäten für die Rekrutierung ausländischer Studierender zu erhöhen;
– in diesem Sinne gegenüber der Hochschulrektorenkonferenz ebenfalls darauf hinzuwirken, die Rahmenbedingungen für studienbegleitende Betreuung ausländischer Studierender in Deutschland zu verbessern;
– sich gegenüber der Kultusministerkonferenz nachdrücklich für eine Ausweitung der Möglichkeit einzusetzen, an deutschen Schulen international kompatible Studienabschlüsse zu erhalten;
– einen deutlichen Schwerpunkt beim Aufbau von Online-Studiengängen und der „virtuellen Hochschule“ zu setzen. Studiengänge, die über das Internet absolviert werden können, bieten auch für Studierende, die sich einen Aufenthalt in Deutschland nicht leisten können, einen Anreiz, an einer deutschen Hochschule zu studieren. Vereinzelte deutsche Pilotprojekte reichen angesichts der massiven Investitionen von Briten und Amerikanern in diesen wachsenden Markt nicht aus;
– auf eine Vereinfachung und Erleichterung des Verfahrens zur Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen für ausländische Studierende hinzuwirken.

Berlin, den 6. Februar 2001

**Dr. Helmut Haussmann**
**Cornelia Pieper**
**Hildebrecht Braun (Augsburg)**
**Rainer Brüderle**
**Ernst Burgbacher**
**Jörg van Essen**
**Ulrike Flach**
**Paul K. Friedhoff**
**Horst Friedrich (Bayreuth)**
**Rainer Funke**
**Hans-Michael Goldmann**
**Joachim Günther (Plauen)**
**Dr. Karlheinz Guttmacher**
**Klaus Haupt**
**Ulrich Heinrich**
**Walter Hirche**
**Birgit Homburger**
**Dr. Werner Hoyer**
**Ulrich Irmer**
**Dr. Heinrich L. Kolb**
**Jürgen Koppelin**
**Dirk Niebel**
**Detlef Parr**
**Dr. Edzard Schmidt-Jortzig**
**Gerhard Schüßler**
**Dr. Irmgard Schwaetzer**
**Dr. Hermann Otto Solms**
**Carl-Ludwig Thiele**
**Dr. Dieter Thomae**
**Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion**



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333